

1

DER OBERBÜRGERMEISTER DER STADT SOLINGEN

**Landtag Nordrhein-Westfalen
Frau Präsidentin
Ingeborg Friebel
Platz des Landtages**

4000 Düsseldorf

Solingen, 14.12.1990

**LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
11. WAHLPERIODE**

**ZUSCHRIFT
11/326**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

mit großer Bestürzung hat die Stadt Solingen den Inhalt des Regierungsentwurfes zum Gemeindefinanzierungsgesetz 1991 zur Kenntnis genommen.

Die Vorschläge der Landesregierung zu einer neuerlichen Kürzung und Befrachtung des allgemeinen Steuerverbundes um rd. 700 Mio. DM sind aus kommunaler Sicht nicht mehr erträglich. Der Argumentation des Finanzministers, daß nur so eine gleichmäßige Entwicklung zwischen dem Landeshaushalt und den kommunalen Haushalten gewährleistet ist, muß entschieden widersprochen werden. Nachdem das Land die Kommunen bereits in den 80er Jahren durch eine Vielzahl von Kürzungen und Befrachtungen von einer gleichmäßigen Finanzentwicklung abgekoppelt hat, soll dies nun offenbar fortgeführt werden. Nach dem eingebrachten Entwurf zum GFG 1991 würden die um die Nachzahlung aus 1989 und die Befrachtung bereinigten Zuweisungen an die Gemeinden aus dem Steuerverbund mit nur 2,2 % wiederum deutlich geringer wachsen als die Ausgaben des Landeshaushaltes, die um annähernd 7 % steigen sollen. Eine solche Abkoppelung der Kommunen von der Finanzentwicklung des Landes ist für die Stadt Solingen nicht mehr nachvollziehbar.

Hinzu kommt, daß Solingen trotz einer überdurchschnittlichen Steuerkraft durch die systematische Benachteiligung kleinerer kreisfreier Städte oberhalb von 150.000 Einwohnern im Finanzausgleich des Landes nicht nur über die schlechteste Finanzausstattung aller 23 kreisfreien Städte verfügt, sondern sogar noch hinter allen 31 Kreisen liegt. Insbesondere für den Fall einer weiteren Kürzung der kommunalen Verbundmasse werden ernsthafte, rechtliche Schritte gegen diesen unerträglichen Zustand erwogen werden müssen.

Wir appellieren nachdrücklich an die Mitglieder des Landtages, von den durch die Regierung geplanten Kürzungen und Befrachtungen, die in Solingen mit rd. 6 Mio. DM zu Buche schlagen, abzusehen und wieder zu einem gerechten und solidarischen Finanzausgleich zurückzukehren.

Ich darf Sie bitten, die Mitglieder des Landtages im Rahmen der Beratungen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1991 über den Inhalt dieses Schreibens zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen



Gerd Kaimer